

DSTG Hessen jetzt auch auf **facebook**

Deswegen bitten wir alle auf der Seite „gefällt mir“ anzuklicken, Freunde einzuladen und uns auf facebook zu folgen!

<https://www.facebook.com/pages/DSTG-Hessen/1407494006230226>



Besoldung 2015 und 2016

DSTG forderte deutliche Signale aus Wiesbaden Schreiben -Sozialer Frieden- an den hessischen Finanzminister Dr. Thomas Schäfer

Die DSTG Hessen wird auch im neuen Jahr nicht müde, die Hessische Landesregierung mit den gravierenden Besoldungsdefiziten zu befasfen.

Wir fordern die Regierungskoalition umgehend zum Handeln auf. Es gilt für das Jahr 2015 die Besoldung auf dem Tarifniveau anzugleichen und für das laufende Kalenderjahr sofort eine spürbare Besoldungsanpassung vorzunehmen. Es ist niemandem zu erklären, dass bei 1,8 Milliarden zusätzlichen Ausgaben in der Flüchtlingsfrage und bei einem erstklassigen Haushaltsergebnis, keine Haushaltsmittel für die Anpassung der Besoldung vorhanden sein sollten. Einer Rücklagenbildung auf dem Rücken der Beamtenschaft erteilt die DSTG Hessen eine klare Absage. Die vorgetragenen Argumente der Koalition überzeugen nicht. Zumal der soziale Frieden mehr als gefährdet ist. Dies haben wir unserem Ressortminister schriftlich zukommen lassen und ihn um umgehende Aktivitäten ersucht. Das Schreiben haben wir nachfolgend abgedruckt:

Auf einen Blick:

- /// Besoldung 2015 und 2016
- /// DSTG erreicht Verbesserungen bei Überleitungsproblematiken
- /// Personelle Veränderungen in der Landesleitung und Landesvorstand
- /// JHV und aktive Mittagspause des Ortsverbandes OFD

Herausgeber:

DSTG

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hessen

Kruppstraße 105
60388 Frankfurt am Main
Telefon: 069-590459
Telefax: 069-95520632

info@dstg-hessen.de
www.dstg-hessen.de

Verantwortlich
Michael Volz, Vorsitzender

Nachdruck mit Quellenangabe,
auch auszugsweise, gestattet.

DSTG | Landesverband Hessen | Kruppstr. 105 | 60388 Frankfurt

Herrn Finanzminister
Dr. Thomas Schäfer
Hessisches Ministerium der Finanzen
Friedrich-Ebert-Allee 8
65185 Wiesbaden



Frankfurt am Main, 25.01.2016

|

Sozialer Frieden

Sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Schäfer,

zunächst möchte ich Ihnen für das Jahr 2016 Wohlergehen, Erfolg und alles erdenklich Gute wünschen und mich für das gute Miteinander herzlich bedanken. Ich bin zuversichtlich, dass es uns auch im kommenden Jahr gelingt, unsere Zusammenarbeit in gegenseitigem Vertrauen zu gestalten. Die aktuelle Situation wird beiden Seiten großes Engagement abverlangen.

So ist Ihnen sicher auch inzwischen bekanntgeworden, dass derzeit die Stimmung im Kollegenkreis dem Nullpunkt entgegen geht. Ein Grund dafür ist vor allem, dass das Jahr 2015 für unsere beamteten Kolleginnen und Kollegen kein gutes Jahr war.

Umso kritischer wurde Ihre Weihnachtsbotschaft in den Bezirksnachrichten verfolgt. Vielfach habe ich dazu gehört: „Papier ist geduldig, doch die Fakten sind anders“ oder „Gut gemeint, aber auf keinen Fall gut gemacht“.

Die Kolleginnen und Kollegen verstehen nicht, wie ihr Dienstherr einerseits vorgibt, er sei stolz auf die Leistungen seines Personals, andererseits aber seine Beamtinnen und Beamten derart schlecht und ungleich behandelt. Dabei geht es uns nicht ums Sparen, es geht uns darum, wie die Lasten verteilt werden. Die Kollegen sagen: Fair ist anders!

Wir sind in der Tat eine -wie Sie sagen- „unglaublich leistungsstarke und sehr gut strukturierte Verwaltung“. Wir sind eine Verwaltung, die sich einbringt und zur Stelle ist, wenn sie gebraucht wird. Neben unseren zahlreichen internen Reformvorhaben, die wir fortlaufend durchführen, haben wir beispielsweise in der Vergangenheit zusätzlich zu unserer eigentlichen Tätigkeit das kaufmännische Rechnungswesen in der Landesverwaltung eingeführt, die PVS zum Erfolg gebracht, uns tatkräftig im KONSENS Verbund eingebracht und auch aktuell engagieren wir uns nachhaltig bei der Flüchtlingshilfe.

Kruppstraße 105
60388 Frankfurt
Telefon 069 / 59 04 59
Telefax 069 / 95 52 06 32
info@dstg-hessen.de
www.dstg-hessen.de

Gleitende Arbeitszeit:
Bitte Besuche und Anrufe möglichst
montags bis donnerstags
von 8.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.30 Uhr
und freitags von 8.30 - 12.00 Uhr oder
nach Vereinbarung

Anfahrt
 Linien 4 und 7
Haltestelle Kruppstraße
 Bitte benutzen Sie das
Parkhaus Borsigallee

Bankverbindung
Badische Beamtenbank (BBBank)
IBAN: DE78660908000006727239
BIC: GENODE61888
Steuernummer
45/224/15544



Unsere Bereitschaft, die verantwortlichen Politiker in dieser schwierigen Situation offensiv zu unterstützen, hat die DSTG zugesichert.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind stolz auf das was sie leisten! Sie fühlen sich allerdings inzwischen fast als nützliche Idealisten, deren Arbeit von der Politik in keinsten Form wertgeschätzt wird.

Die Ungerechtigkeit der verordneten „Null-Runde“ ist den Kolleginnen und Kollegen gerade in der Vorweihnachtszeit drastisch bewusst geworden. Während im wirtschaftsstarken Hessen die meisten Menschen über zusätzliche Liquidität durch Boni, Gratifikationen, Gehaltserhöhungen etc. verfügen und die Möglichkeit haben, sich und ihren Familien Sonderwünsche zu erfüllen, bekommen wir die Mitteilung des Dienstherrn, dass er unsere Beihilfe kürzt.

Ist es nicht gerade auch der öffentliche Dienst in Hessen der die Infrastruktur schafft, die unser Land so erfolgreich macht?

Schauen wir doch einmal aufs Alte Jahre zurück:

- Die Wirtschaft boomt und erzielt Rekordgewinne
- Die Europäische Zentralbank flutet die Finanzmärkte mit zusätzlichen Milliarden
- Die Börse fährt ein sattes Plus von 10 % ein
- Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Branchen erhalten spürbare Lohnzuwächse
- Der Handel jubelt über die starke Binnennachfrage
- Die Republik verzeichnet die höchsten Steuereinnahmen ihrer Geschichte
- Das Land Hessen handelt mit dem Tarifbereich einen vernünftigen Vertrag aus, verweigert aber dem Beamtenbereich völlig willkürlich und auf ganzer Linie die Teilhabe an der allgemeinen Entwicklung.

Die Landesregierung zerstört mit ihrer Entscheidung den sozialen Frieden und brüskiert ihre gesamte Beamtenschaft aufs Tiefste!

Richtig: wir Beamtinnen und Beamten dürfen im Gegensatz zum Tarifbereich nicht streiken und sind daher dem Dienstherrn ausgesetzt. Mit den Entscheidungen gegen den Beamtenbereich erweckt die Politik den Eindruck, als wolle sie gerade diese Situation ausnutzen.

Ein Kollege hat in den letzten Tagen den folgenden Vergleich gebracht: „Der Dieb, der behinderte Menschen bestiehlt, kann sich auch nicht damit herausreden, es sei für ihn leichter als sich mit wehrhaften Personen einzulassen.“

Dies zeigt ganz deutlich, dass die Landesregierung mit ihrer Besoldungspolitik den Bruch mit der Belegschaft riskiert.



Sehr geehrter Herr Dr. Schäfer, lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass sich dieser „Spaltpilz“ nicht festsetzt. Persönlich und als Finanzminister des Landes Hessen hat Ihr Wort im Kabinett eine große Bedeutung. Deshalb appelliere ich ganz herzlich und ebenso eindringlich an Sie: Tragen Sie mit dafür Sorge, dass die Tarifergebnisse auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes übertragen werden.

Die DSTG Hessen steht zur Verfassung. Wir rufen die verbeamteten Beschäftigten nicht zu Streikmaßnahmen auf. Wir erwarten aber auch von der Landesregierung und der hessischen Regierungskoalition ein verantwortungsvolles Handeln. Wir lassen nicht zu, dass eine ganze Beschäftigtengruppe weiter abgehängt wird.

Sie selbst sprechen von „Wertschätzung“, abkoppeln aber bedeutet Geringschätzung!

Wir werden im Kampf um unsere berechtigten Interessen -wie angekündigt- den Rechtsweg beschreiten. Das sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig.

Ich versichere Ihnen, dass uns diese Entscheidung nicht leicht gefallen ist, und deshalb bitte ich auch hier, sehr geehrter Herr Dr. Schäfer, um Ihre Unterstützung: Bitte sorgen Sie dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Dienstherrn nicht auch noch flächendeckend verklagen müssen.

Sehr geehrter Herr Dr. Schäfer, die allgemeine Politikverdrossenheit ist nicht nur für die Parteien, sondern auch generell für unsere Gesellschaft ein Problem. Dabei ist unbestritten, dass die Beamtinnen und Beamten sowie deren Familienangehörigen ihr Wahlrecht sehr ernst nehmen. Deshalb sollte die Politik alles unterlassen, was in der Beamtenschaft zu einer verstärkten Wahlverdrossenheit führt. Angesichts der gegenwärtig heiklen Stimmung in der Bevölkerung sollte es ein Anliegen sein, die Extreme nicht noch zu fördern.

Für ein Gespräch in der Sache stehe ich gerne zur Verfügung und verbleibe in der Hoffnung auf Ihre Unterstützung und ein Einlenken der Landesregierung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Volz'.

Michael Volz
Vorsitzender

Mitbewerber machen genau vor den Wahlen Propaganda, die DSTG Hessen aber handelt kontinuierlich!

DSTG Hessen erreicht Angleichung bei der Besoldungsüberleitung

DRÄndG heilt 2. DRModG

Ende letzten Jahres ist das Dienstrechtsänderungsgesetz (DRÄndG) in Kraft getreten. Hierin wurden nunmehr die von der DSTG Hessen lange monierten Fälle der Verschlechterung des Lebenserwerbseinkommens korrigiert. Bereits in den Anhörungen im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum DRModG II (gilt ab 01.03.2014) hatten wir auf die gravierenden Einbußen bei Überleitungssachverhalten nach Stufe 1 und 5 hingewiesen. Innenminister Peter Beuth hatten wir ebenfalls mit den Schwierigkeiten befasst. Zudem fanden zahlreiche Debatten in der Sache mit Innenpolitikern statt, wo wir stets herausstellten, dass die Attraktivität des Berufsbeamtentums in Hessen durch solche Regelungen noch weiter verringert werde.

In der Anhörung zum Entwurf des aktuellen DRÄndG lobten wir die neue Stoßrichtung, zumal wir sie –wie beschrieben– im Sinne unserer Mitglieder gefordert hatten.

Unsere Überzeugungsarbeit trug Früchte: Im genannten Gesetz erfolgte eine Änderung des für die Überleitung maßgebenden Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes (HBesVÜG). Um die in einer Vielzahl von Fällen bereits eingetretenen finanziellen Nachteile aufzufangen, wurden zusätzliche Sonderregelungen im § 4 HBesVÜG aufgenommen. In Abhängigkeit des nach altem Besoldungsrecht erfolgten Aufstiegs in eine nächste Dienstaltersstufe erfolgt eine Verkürzung der Erfahrungszeit (Verweildauer) in der Erfahrungsstufe bis zu 32 Monate. Somit kann ein Aufrücken in die nächste Erfahrungsstufe bereits vor Ablauf der abzuleistenden Erfahrungszeit (z.B. Erfahrungsstufe 5 von vier Jahren) erfolgen. Mit dieser Regelung wird auf Grundlage vorgenommener Berechnungsbeispiele der finanzielle Verlust ausgeglichen werden.

Zwischenzeitlich haben wir bereits mehrere Einzelfälle auf der Basis der neuen Rechtslage gerechnet und kommen nun teilweise „sogar“ zu kleinen Überschüssen (vgl. Info Nr. 3/2016).

Wann mit der Auszahlung der positiven Differenzbeträge zu rechnen ist, ist uns noch nicht bekannt. Sobald uns diese Information vorliegt werden wir unsere Mitglieder wie gewohnt informieren.

Man sieht, Konsequenz führt zum Ziel und der Einsatz der DSTG Hessen bringt Zählbares für die Mitglieder!

Personelle Veränderungen in Landesleitung und Landesvorstand

*Gerd Schenzielorz komm. stellvertretender Landesvorsitzender –
Jörg Schlemmer folgt auf Hans Brack*

Zur Vorbereitung des Listenkongresses am 26.01.2016 und zur Erörterung von personellen und gewerkschaftspolitischen Entwicklungen tagte der Landesvorstand der DSTG Hessen am 25.01.2016 in Gelnhausen.

Die Landesvorstandssitzung stand aber zunächst unter der Überschrift „Personelles“.

Die Beisitzerin und geschätzte Kollegin **Yvonne Holm** musste aus persönlichen und beruflichen Gründen aus der Landesleitung verabschiedet werden. Yvonne Holm hatte sich mehr als 9 Jahre - zunächst in der DSTG Jugend Hessen und seit 2013 in der Landesleitung als Beisitzerin - intensiv in die Gewerkschaftsarbeit eingebracht und aktiv auf Gewerkschaftsseite betätigt. Die Landesleitung und der Landesvorstand bedauerten ihre Entscheidung, respektieren aber auch den Wunsch nach Veränderung und begrüßen die weitere Mitarbeit im heimatlichen Bereich.

Die entstandene Vakanz in der Landesleitung wurde gelöst, indem **Gerd Fleischhacker** die Stellvertreterfunktion zur Verfügung stellte und zum Beisitzer gewählt wurde.

Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden (kommissarisch) wurde das langjährige Landesleitungsmitglied **Gerd Schenzielorz** gewählt. Eine Bestätigung muss der Landeshauptvorstand im Sommer noch vornehmen. Gerd begleitet die DSTG Hessen bereits seit 1996. In diesen vergangenen 19 Jahren hat Gerd, als originärer Angehöriger des mittleren Dienstes, immer wieder gezeigt, wie er Aufgaben und Fragestellungen aus dem Kollegenkreis anpackt. Mit seiner ruhigen, freundlichen und sachlichen Art und Arbeitsweise ist er ein sehr geschätzter Ansprechpartner.

Der bislang bereits zur Leitung kooptierte **René D'Angelo** wurde ebenfalls kommissarisch mit der Wahrnehmung der Schriftführeraufgabe betraut.

Die Mitglieder des Landesvorstands begrüßten einstimmig das neue Personaltableau der Landesleitung.

Ebenso einstimmig war das Votum, als das scheidende Mitglied des Landesvorstandes **Hans Brack** seinen Nachfolger **Jörg Schlemmer** vorschlug. Der Landesvorsitzende verabschiedete den Kollegen Brack ganz herzlich aus dem Vorstand der DSTG Hessen und dankte ihm für die intensive Arbeit im Justiziariats-Bereich.

Daneben befasste sich der Vorstand mit der Vorbereitung der Listen zum Haupt- und Bezirkspersonalrats sowie der Fortsetzung des Marathons für Lohngerechtigkeit, der Widerspruchsaktion gegen Beihilfekürzungen und Besoldungsrücksetzung.

Aus den Ortsverbänden

Jahreshauptversammlung und aktive Mittagspause des Ortsverbandes OFD

Am 01. Dezember 2015 fand die satzungsmäßige Mitgliederversammlung des DSTG Ortsverbandes OFD statt. Zwei wichtige Themen beherrschten die Versammlung grundlegend: Zum einen die bevorstehenden Personalratswahlen im Mai 2016 und zum anderen die Politik der hessischen Landesregierung.

Nachdem die Ortsverbandsvorsitzende **Julia Hott** über das abgelaufene Jahr und die vielen Aktionen der DSTG Hessen berichtet hatte, an denen auch immer Kolleginnen und Kollegen der OFD teilgenommen hatten, war sich die Versammlung darüber einig, dass man mit den Kombi-Widersprüchen der DSTG Hessen ein Zeichen gegen die schwarz-grüne Zurücksetzungspolitik setzen wolle. Es sollte deshalb zur einer Aktion aufgerufen werden, die in der Mittagspause durchgeführt werden kann. Als Motto verständigte man sich darauf, dass man dem Vertrauen in die Landesregierung ein „ehrendes Andenken bewahren wolle“. Der Aufruf zu dieser Aktion sollte auch Nichtmitglieder der OFD ansprechen, da in dieser Frage Solidarität von größter Bedeutung sei, so die einhellige Meinung der Versammlung.

Außerdem wurden noch zahlreiche Ehrungen durchgeführt. Auch in 2015 konnten wieder viele Kollegen auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken. 50 Jahre Mitglied der DSTG Hessen sind: **Eiko Bilgmann**, **Wolfram Steffens** und **Gerhard-Eugen Hönig**, 40 Jahre DSTG-Mitglied sind: **Rolf Staab**, **Eckhard Martiny** und **Karl-Heinz Keith**. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können **Andreas Krau** und **Bodo Sauerbier** zurück schauen. Die leider an der Versammlung verhinderten Kollegen werden die Ehrennadeln natürlich im Nachgang erhalten.

Am 10. Dezember 2015 trafen sich dann rund hundert Kolleginnen und Kollegen der OFD vor dem Haupteingang, um gemeinsam das "Vertrauen der Beschäftigten in die hessische Landesregierung zu beerdigen".



Als besonderer Trauergast war der Landesvorsitzende der DSTG Hessen, **Michael Volz**, geladen. **Robert Mayer**, Mitglied des Ortsverbandsvorstandes hielt hierzu eine entsprechende Trauerrede:





„Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Trauergemeinde, wir sind hier und heute zusammengekommen, um Abschied zu nehmen. Ich muss genauer sagen – mal wieder Abschied zu nehmen. Abschied von einem Teil dessen, was uns unsere Eltern in unserer Kindheit und Jugend gegeben haben, Abschied von etwas, was unsere privaten Beziehungen kennzeichnet und schließlich Abschied von etwas, was vielleicht auch eine Rolle gespielt hat bei unserer Berufswahl. Ich spreche von Vertrauen – Vertrauen, was ge-

genseitig sein sollte und – wenn eine Beziehung nachhaltig funktionieren soll – gegenseitig sein muss. Unser Arbeitgeber kann sich auf uns verlassen – uns vertrauen – in einer Zeit, in der unsere Gesellschaft vor nie da gewesenen Aufgaben steht und in denen das Ergebnis unserer Arbeit ganz wichtig ist für das Gelingen großer Ziele. Unser Arbeitgeber spricht von gegenseitiger Wertschätzung, Awareness – er fordert sie von uns, und wir leben danach. Aber was geschieht in der umgekehrten Richtung?

Unser Innenminister hat die Beamtenschaft einmal mit den drei großen B charakterisiert:

- **Besoldung**
- **Beihilfe**
- **Beförderung**

Doch bevor ich zum ersten B komme, fange ich mit A an:

Arbeitszeit: Seit über 10 Jahren haben wir die höchste Arbeitszeit auf Bundesebene – 42 h die, nebenbei gesagt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gerade fördern. Beschlossen und umgesetzt wurde diese Maßnahme für eine politisch gewollte Konsolidierungsphase.

Aber unser Vertrauen an eine nachhaltige Teilhabe an der wirtschaftlichen und haushalterischen Entwicklung hat sich bis heute nicht bestätigt. Ganz im Gegenteil; und so komme ich zum ersten B:

Bei der Besoldung zeigt sich nämlich genau das gleiche: verordnete Null-Runde und verordnete 1%-Gehaltssteigerung beweisen die große Wertschätzung unseres Arbeitgebers in seine Belegschaft. Und – nebenbei gesagt – fördert dies nicht gerade die Bemühungen um qualifizierte Nachwuchskräfte. Da helfen auch keine bunt beklebten U-Bahnen!

Das zweite B, die Beihilfe, ist an Aktualität und allgemeiner Fassungslosigkeit kaum zu überbieten: In einem Husarenstreich wurde als weiterer Nadelstich an dem Grundvertrauen an das Dienstverhältnis eines Beamten ordentlich gerüttelt. Sicher: die 18.90 € bringen keinen an den Bettelstab, aber die Maßnahme ist an sozialer Unausgewogenheit und technischem Dilettantismus beispiellos.

Gerade wir als Financer haben alltäglich mit dem gesetzlichen Auftrag einer größtmöglichen Berücksichtigung wirtschaftlicher Individualverhältnisse zu kämpfen.

Beim dritten B, der Beförderung, kann man in Anbetracht der vorgenannten Themen nur böse Vorahnungen haben. Und das erfüllt uns alle mit mehr als Traurigkeit und Trauer.

Und deswegen bitte ich alle hier Versammelten nun zu einem gemeinsamen Innehalten. Lassen Sie uns gemeinsam schweigen und an die Zeiten erinnern, in denen wir noch rechtzeitig nach Hause gekommen sind und als Übungsleiter, Trainer oder Vereinsmeier das gesellschaftliche Leben mitgestalten konnten. Als wir an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilgenommen haben und unsere Gesundheitsfürsorge nicht mit Füßen getreten wurde.

Schweigen...`Die guten alten Zeiten`, mag der eine oder andere sich nun erinnert haben und doch wissen, dass auch damals nicht alles Gold war was glänzte. Doch nicht vergleichbar mit dem Umgang der grün-schwarzen Landesregierung mit seinen Beschäftigten in der heutigen Zeit. Ein Umgang der uns hierher zusammen brachte, um Fairness und Fürsorge ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Da uns Beamten das Recht auf Streik verwehrt ist, haben wir nur eine einzige Möglichkeit uns gegen die Sonderopferpolitik zu wehren. Und dieser Weg bedeutet Widerspruch und Klage. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen wurde von Ihrer Fachgewerkschaft ein Widerspruchsschreiben zur Verfügung gestellt. Geben Sie dieses nun bitte ausgefüllt und unterschrieben hier an uns zurück. Wir werden dafür sorgen, dass der Innenminister es erhält und hoffentlich endlich einlenkt!

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen.“

Im Anschluss an diese aktive Mittagspause der DSTG in der OFD brachte die Ortsverbandsvorsitzende alle abgegebenen Widersprüche nach Wiesbaden zum Innenministerium.

In eigener Sache – an alle Mitglieder

Aus gegebenem Anlass möchten wir unsere Mitglieder noch einmal darauf hinweisen, dass sie bitte alle persönlichen Veränderungen, die Auswirkung auf die Beitragshöhe haben (z. B. Teilzeit, Beurlaubung, Beförderung, ATZ, Ruhestand usw.) ihrem Ortsverband mitteilen, damit der Beitragseinzug entsprechend vorgenommen werden kann.